

BOYKOTTKAMPAGNEN GEGEN ISRAEL UND IHRE ZWEIFELHAFTEN HINTERGRÜNDE

ALEX FEUERHERDT – VORTRAG IN FRANKFURT, 30. JANUAR 2018

Zum Einstieg: Jüngere BDS-Aktivitäten in Deutschland

Fünfhundert Euro. Das ist der Betrag, mit dem die israelische Botschaft in Deutschland das Musikfestival *Pop-Kultur* unterstützte, das Ende August des vergangenen Jahres in Berlin stattfand. Verwendet werden sollte das Geld als Reisekostenzuschuss für die Bands, die dort spielten. Die diplomatische Vertretung des jüdischen Staates war damit einer von vielen Partnern des Festivals, das vor allem aus öffentlichen Geldern finanziert wurde und zudem namhafte Unternehmen als Sponsoren gewinnen konnte. Fünfhundert Euro sind im Budget einer solchen Großveranstaltung zwar nicht viel – doch die vier arabischen Bands, die in Berlin auftreten sollten, hätten ihre Teilnahme an *Pop-Kultur* vermutlich auch dann abgesagt, wenn die Botschaft bloß einen Cent gegeben hätte (**Folie 2**). Der Rapper *Abu Hajar* und der DJ *Hello Psychaleppo* aus Syrien, die Sängerin Emel Mathlouthi aus Tunesien sowie die Gruppe *Islam Gipsy & EEK* aus Ägypten blieben dem Festival jedenfalls fern. Eine finnische Gruppe, zwei britische Bands und mit den *Young Fathers* aus Schottland auch eine der Hauptattraktionen schlossen sich diesem Boykott an. Sie alle wollten trotz ihrer ursprünglichen Zusage nicht in Berlin spielen, weil der Staat Israel die Veranstaltung förderte. Mit fünfhundert Euro.

Dass er das tun würde, stand schon länger fest; seine Vertretung in der deutschen Hauptstadt wurde bereits seit einer ganzen Weile auf der Website von *Pop-Kultur* als Partner aufgeführt. Doch erst nach einem Aufruf der BDS-Bewegung, wegen der israelischen Unterstützung nicht beim Festival aufzutreten, zogen die Bands ihre ursprüngliche Zusage zurück. BDS, das steht für Boykotte, Desinvestitionen (also Kapitalabzug) und Sanktionen gegen Israel. Diese Bewegung hat, wie die Veranstalter von *Pop-Kultur* in einer Erklärung schrieben, »immensen Druck auf alle arabischen Künstler*innen in unserem Line-up ausgeübt«. Zudem hätten auch Künstler aus Deutschland und anderen europäischen Ländern sowie aus den USA berichtet, »dass sie E-Mails, Kommentare auf Facebook oder Twitter-Nachrichten von BDS-Aktivist*innen erhalten haben«.

Die arabischen Künstler äußerten sich auf ihrer jeweiligen Facebook-Seite zum Rückzug. *Abu Hajar* schrieb im Namen seiner Gruppe *Mazzaj Rap Band-Syria*: »Wir erklären stolz unseren Rückzug vom Festival, solange es die diskriminierende Politik des israelischen Staates unterstützt, indem es mit ihm kollaboriert und sein Logo zeigt. Wer an der Veranstaltung teilnimmt, akzeptiert in unseren Augen alles, was diese Botschaft repräsentiert.« *Islam Chipsy & EEK* teilten mit: »Wir machen deutlich, dass wir durch unsere Musik Widerstand gegen Gewalt, Verfolgung und Diskriminierung jedweder Art ausüben.« Emel Mathlouthi begründete ihre Absage mit den Worten: »Innerhalb und außerhalb Palästinas wird alles immer schlimmer, aber jeder von uns kann stets Solidarität und Empathie zeigen.« *Hello Psychaleppo* gab an, zunächst nichts von der finanziellen Beteiligung der israelischen Botschaft gewusst zu haben und deshalb für entsprechende Hinweise dankbar gewesen zu sein. Diese Statements klangen nicht gerade so, als hätten die Bands sich nur zurückgezogen, weil sie bedrängt wurden. Ganz offensichtlich hielten sie die BDS-Positionen und BDS-Ziele selbst für richtig.

Dessen ungeachtet gehört massiver Druck seit jeher zu den Methoden der BDS-Bewegung. So fordert sie Sänger und Bands immer wieder in aggressiver Weise dazu auf, nicht in Israel aufzutreten beziehungsweise bereits zugesagte Konzerte abzusagen. Und nicht nur das: Sie drängt auch bei den Organisatoren von Veranstaltungen darauf, jüdische Künstler wieder auszuladen, sofern diese sich nicht eindeutig gegen den jüdischen Staat positionieren. So geschehen beispielsweise vor zweieinhalb Jahren in Valencia beim Reggae-Festival *Rototom Sunsplash*, wo der amerikanische Sänger Matisyahu als einziger Musiker dazu aufgefordert wurde, sich gefälligst klar gegen Israel zu äußern, und sein Auftritt abgesagt wurde, als er sich weigerte, das zu tun. Erst nach empörten Protesten wurde er schließlich wieder ins Programm genommen. In Berlin genügte die kleine Finanzspritze der israelischen Vertretung in Deutschland, die zum Gelingen von *Pop-Kultur* beitragen sollte, um die BDS-Aktivisten auf den Plan zu rufen und arabische Künstler zum Boykott des Berliner Festivals zu bewegen.

Bereits im Juni des vergangenen Jahres hatten BDS-Aktivisten in Berlin versucht (**Folie 3**), einen Vortrag der Shoa-Überlebenden Deborah Weinstein und der israelischen Parlamentarierin Aliza Lavie an der Humboldt-Universität zum Abbruch zu bringen. Sie störten die Veranstaltung durch ständige Zwischenrufe wie »Das Blut des Gaza-Streifens klebt an Ihren Händen« und »Kindermörder« und sorgten im Hörsaal für Tumulte. Einer der Aktivisten wurde schließlich des Raumes verwiesen, zwei andere setzten die Störungen fort.

Am 9. November wiederum rief *BDS Berlin* dazu auf (**Folie 4**), sich an einem »Aktionstag für eine Welt ohne Mauern« zu beteiligen. Dabei legte die Gruppe den Schwerpunkt auf die, wie sie es nennt, »israelische Apartheid-Mauer auf palästinensischem Land«. Das heißt also: Am Jahrestag der antijüdischen Pogromnacht von 1938 hatte diese Vereinigung nichts Besseres zu tun, als den jüdischen Staat zu dämonisieren und zu delegitimieren. Aber nicht nur das Datum, sondern auch den Ort für ihren »Aktionstag« hatte *BDS Berlin* zielsicher ausgewählt: Man versammelte sich auf dem Potsdamer Platz, der unweit des früheren Anhalter Bahnhofs liegt, von wo aus ab Juni 1942 rund 10.000 Berliner Juden ins Konzentrationslager Theresienstadt deportiert wurden. So, meine Damen und Herren, so sieht wahres Geschichtsbewusstsein aus. (**Folie 5 – Titel**)

Inzwischen haben hierzulande mehrere Parteien respektive Parteigliederungen sehr deutlich formuliert, dass es sich bei der BDS-Bewegung um einen Zusammenschluss handelt, mit dem es keinerlei Kooperation geben sollte – so etwa die Berliner SPD, die Grüne Jugend und die Bundes-CDU. Außerdem haben die Städte Frankfurt, München und Berlin beschlossen, keine städtischen Räume und Flächen mehr für BDS-Kampagnen oder für Veranstaltungen, Ausstellungen und Demonstrationen zur Verfügung zu stellen, die die Ziele von BDS teilen. Die Stadt Frankfurt wird darüber hinaus auch nicht mehr mit Banken, Volksbanken und Sparkassen zusammenarbeiten, die Geschäftsbeziehungen zu Organisationen der BDS-Bewegung unterhalten, wie es in einer gestern veröffentlichten Ankündigung hieß.

Der Anschlag auf das *Bataclan*

Ich möchte an dieser Stelle nach dem einführenden, raschen Blick auf die jüngsten Aktivitäten der BDS-Bewegung in Deutschland aber vor allem an ein Ereignis ungleich gravierenderer Größenordnung und Bedeutung erinnern, das sich am 13. November 2015 zutrug. Ihnen allen werden die grauenvollen Bilder von diesem Tag noch in Erinnerung sein, an dem terroristische Islamisten in Paris mehrere blutige Anschläge verübten. Der mit Abstand opferreichste Angriff ereignete sich dabei im Veranstaltungslokal *Bataclan* (**Folie 6**) am Boulevard Voltaire. 89 Menschen kamen dort ums Leben, als Terroristen während eines Konzerts den Laden stürmten und auf zahlreiche Besucher schossen. Dass sie sich ausgerechnet das *Bataclan* aussuchten, dürfte dabei alles andere als ein Zufall gewesen sein. Denn das seit 1865 bestehende kulturelle Zentrum ist nicht nur besonders belebt, es wurde bis

kurz vor dem Anschlag auch von jüdischen Eigentümern geführt, Pascal und Joel Laloux. Im September 2015 verkauften die beiden nach 40 Jahren die Konzerthalle, weil sie – wie so viele französische Juden in den vergangenen Jahren – nach Israel auswanderten. Zuvor hatte es dort regelmäßig proisraelische Veranstaltungen gegeben, beispielsweise eine jährliche Gala der jüdischen Organisation *Migdal* zugunsten der israelischen Grenzpolizei *Magav*.

Seit 2007 befand sich das Etablissement deshalb im Visier sogenannter antizionistischer Gruppen, die immer wieder zu dessen Boykott aufriefen. Im Januar und im Dezember 2008 kam es sogar zu heftigen, gewalttätigen Protestaktionen (**Folie 7**), vor allem die zweite Manifestation hatte es in sich. Eine Gruppe verummter Demonstranten mit Palästinensertüchern drohte damals: »Wenn das *Bataclan* und *Migdal* wie in den vergangenen Jahren eine Gala für *Magav* organisieren, die Grenzpolizei der israelischen Armee, werden das die Leute nicht mehr unterstützen, und ihr werdet die Konsequenzen eurer Taten tragen. Das nächste Mal kommen wir nicht zum Reden.« 2011 sagte ein Mitglied der salafistischen Terrorgruppe *Jaish al-Islam* (»Armee des Islam«) der französischen Wochenzeitschrift *Le Point* zufolge bei einem Verhör des französischen Inlandsgeheimdienstes: »Wir planen einen Anschlag auf das *Bataclan*, weil die Eigentümer Juden sind.« Im September 2015 wurde bekannt, dass sich *Jaish al-Islam* dem »Islamischen Staat« angeschlossen hat. So schließt sich der Kreis.

Am Abend der Anschläge gab die amerikanische Band *Eagles of Death Metal* ein Konzert im *Bataclan* – und auch das könnte für die Terroristen eine Rolle gespielt haben. Denn erst kurz zuvor hatte die Band im *Barby Club* in Tel Aviv gespielt (**Folie 8**), und dabei hatte ihr Frontmann Jesse Hughes offensiv seine Solidarität mit Israel bekundet. »Einen Ort wie diesen würde ich nie boykottieren!«, sagte er, und: »Ich habe mich nie zuvor so zu Hause gefühlt wie hier!« Der *Pink-Floyd*-Mitbegründer Roger Waters hatte die *Eagles* zuvor in einer E-Mail aufgefordert, nicht in Israel aufzutreten. Hughes sagte während des Konzertes, er habe Waters lediglich in aller Kürze geantwortet: »Fuck you!«

Man darf sich islamistische Terroristen nicht einfach als durchgeknallte Menschen vorstellen, die einfach ziellos um sich ballern. Sie sind vielmehr ideologisch geschult und gehen sehr bewusst vor. Ihre Angriffsobjekte suchen sie sich dabei – auch wenn es sich zunächst paradox anhören mag – gleichermaßen wahllos wie gezielt aus. Wahllos sind sie insoweit, als in der Ideologie der Islamisten alle »Ungläubigen« legitime Anschlagziele sind, gezielt sind sie zugleich, weil die Terroristen ganz genau auf den Symbolgehalt schauen und sich außerdem

Orte aussuchen, an denen sie möglichst viele Menschen töten können. Als »Hauptstadt der Prostitution und des Lasters« hat der »Islamische Staat«, der nichts anderes kennt als Freudlosigkeit, Unterwerfung und Vernichtung, die französische Kapitale Paris in seinem Statement zu den Terroranschlägen vom 13. November 2015 bezeichnet. Seine Selbstmordattentäter schlugen koordiniert dort zu, wo man sich in Metropolen am Wochenende vergnügt, also lebt: in einer Bar, in einem Restaurant, im Fußballstadion, auf einem Konzert. Wenn dieses Konzert dann noch an einem Ort stattfindet, den sich die Islamisten als »jüdisch« vorstellen, und von einer Band gegeben wird, die es mit dem »zionistischen Teufel« hält, eignet es sich als Angriffsziel in ihren Augen besonders gut.

Der Anschlag auf das *Bataclan* hatte insoweit auch einen antisemitischen Charakter, und dort kulminierte eine Entwicklung, die sowohl eine jahrelange als auch eine aktuelle Vorgeschichte hatte. Denn die Betreiber hatten sich den ständigen Boykottaufrufen und Drohungen nicht nur konsequent widersetzt, sondern sogar eine Band eingeladen, die ihrerseits so gar nichts von diesen Boykottkampagnen hält. Wie bereits erwähnt, war es Roger Waters von *Pink Floyd* (**Folie 9**), der die *Eagles of Death Metal* aufgefordert hatte, nicht in Israel aufzutreten. Es war bei weitem nicht die erste Aktivität dieser Art von Waters, vielmehr hatte er in den vergangenen Jahren immer wieder Künstler – beispielsweise Bon Jovi, die Rolling Stones, Elton John, Robbie Williams, Dionne Warwick, Paul McCartney und Alan Parsons – öffentlich dazu gedrängt, ihre Auftritte im jüdischen Staat abzusagen. Seit März 2011 unterstützt Roger Waters die BDS-Bewegung, und wegen seiner permanenten israelfeindlichen Aktivitäten – auch bei seinen musikalischen Auftritten – hat kürzlich der WDR bekannt gegeben, Waters‘ Konzert in Köln im Juni dieses Jahres nicht wie eigentlich geplant zu präsentieren. Andere ARD-Anstalten schossen sich an. Man darf zwar wohl davon ausgehen, dass der *Pink-Floyd*-Mann einen Anschlag wie den auf das *Bataclan* nicht gutheißt. Doch eine Verurteilung war von ihm so wenig zu hören wie eine Solidaritätsadresse an die *Eagles of Death Metal* – wie man überhaupt sagen muss, dass er nie ein kritisches Wort über Terrororganisationen wie die Hamas oder den »Islamischen Staat« verliert, während seine Tiraden gegen Israel inzwischen kaum noch zu zählen sind. Ohnehin sind die Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat so etwas wie die Begleitmusik und die Vorstufe zum offenen antisemitischen Terror. Und deshalb lohnt sich ein genaueres Hinsehen, wie ich es in diesem Vortrag tun möchte.

Zur Geschichte und Gegenwart der BDS-Bewegung

Zunächst etwas zur Geschichte und Gegenwart der BDS-Bewegung (**Folie 10**), die derzeit die aktivste und bekannteste antiisraelische Vereinigung ist. Offiziell wurde sie im Juli 2005 von mehr als 170 Organisationen gegründet, die angeblich die palästinensische Zivilgesellschaft repräsentieren. So jedenfalls stellt es die BDS-Bewegung gerne selbst dar; ich werde darauf später noch einmal zurückkommen. Seit 2005 hat sie zahlreiche Unterstützer auch außerhalb der palästinensischen Gebiete gefunden, darunter prominente wie den südafrikanischen Erzbischof Desmond Tutu, den britischen Filmregisseur Ken Loach und die amerikanische Philosophin Judith Butler (oder eben Roger Waters). Die BDS-Bewegung, die Israel als »Apartheidstaat« wie ehemals Südafrika ansieht, ruft zu einem umfassenden wirtschaftlichen, politischen, akademischen und künstlerischen Boykott Israels sowie zu einem Kapitalabzug, Embargos und Zwangsmaßnahmen auf. Sie nimmt also den jüdischen Staat *als ganzen* ins Visier. Ihr Kopf ist Omar Barghouti (**Folie 11 – I**), der zwar selbst an der Universität Tel Aviv studiert hat, den jüdischen Staat gleichwohl der »Apartheid« bezichtigt, ihm »Nazi-Praktiken« sowie »ethnische Säuberungen« vorwirft, eine Zweistaatenlösung kategorisch ablehnt und jeglichen Dialog mit Israelis für »unmoralisch« und »gefährlich« hält.

Ein anderer bekannter BDS-Aktivist ist der libanesisch-amerikanische Politikprofessor As'ad Abu Khalil (**Folie 11 – II**), der 2012 sagte: »Das wirkliche Ziel von BDS ist der Sturz des israelischen Staates [...] Das sollte als ein unzweideutiges Ziel bezeichnet werden. Hierüber sollte keine Mehrdeutigkeit bestehen. Gerechtigkeit und Freiheit für die palästinensischen Flüchtlinge sind unvereinbar mit der Existenz des Staates Israel.« Ebenfalls zu den Führungsfiguren der BDS-Bewegung zählt der amerikanisch-palästinensische Autor Ahmed Moor (**Folie 11 – III**), der 2010 schrieb: »Das Ende der Besatzung bedeutet nichts, wenn es nicht zugleich das Ende des jüdischen Staat bedeutet. [...] BDS bedeutet das Ende des jüdischen Staates.«

Die Aktivisten und Unterstützer der BDS-Bewegung treten regelmäßig mit plakativen Aktionen in Erscheinung. (**Folie 12**) So findet beispielsweise jedes Jahr in über 50 Städten in den USA, Kanada, England, Südafrika und weiteren Ländern eine sogenannte »Israeli Apartheid Week« mit einer Reihe von Kundgebungen und Universitätsveranstaltungen statt. Doch auch abseits dieser Veranstaltungswoche sind die BDS-Aktivisten ausgesprochen präsent, besonders an amerikanischen und britischen Hochschulen. Die größte britische Akademikergewerkschaft *University and College Union* (UCU) stimmte im Jahr 2010 auf

ihrer Hauptversammlung sogar für einen Abbruch der Beziehungen mit der *Histadrut*, dem Dachverband der Gewerkschaften Israels, weil diese im Januar 2009 den, wie es hieß, »israelischen Angriff auf Zivilisten in Gaza« unterstützt habe und daher den Namen einer Gewerkschaftsorganisation nicht verdiene. Bereits im Mai 2007 hatte sich die UCU auf einen Boykott sämtlicher akademischer Einrichtungen in Israel verständigt. Und das ist längst nicht alles: Studentische BDS-Aktivisten fordern in äußerst aggressiver Manier ein Ende der Zusammenarbeit ihrer jeweiligen Universität mit israelischen Einrichtungen, sie versuchen, Veranstaltungen mit israelischen Wissenschaftlern zu verhindern, und wenn ihnen das nicht gelingt, stören sie die Vorlesungen massiv. Das heißt, sie versuchen, jeglichen Dialog mit sämtlichen in Israel tätigen Wissenschaftlern zu verhindern. Damit subsummieren sie diese Individuen unter ein Kollektiv, nehmen sie also in Kollektivhaftung. Sie beurteilen sie mithin nicht nach ihrem Tun, sondern nach ihrer Herkunft – was von einem völkischen Denken zeugt.

Auch im künstlerischen Bereich ist die BDS-Bewegung, wie bereits zu Beginn angedeutet, ausgesprochen aktiv: Nicht nur der erwähnte Roger Waters, sondern auch andere Musiker wie Elvis Costello (**Folie 13 – I**) und Brian Eno (**Folie 13 – II**) sagten ihre Konzerte in Israel ab oder riefen dazu auf, keine Konzerte in Israel zu geben. Manche sind sogar dafür, dass keinerlei Tonträger von ihnen in Israel verkauft werden. Die amerikanische Schriftstellerin Alice Walker (**Folie 13 – III**) weigerte sich sogar, ihr preisgekröntes Buch »The Color Purple« (»Die Farbe Lila«) ins Hebräische übersetzen zu lassen. Musiker, die sich dem Boykottaufruf widersetzen und im jüdischen Staat auftreten – wie beispielsweise Carlos Santana und Nick Cave –, werden von der BDS-Bewegung massiv unter Druck gesetzt, beispielsweise mit großen Online-Kampagnen, wütenden Aufrufen und sogar mit Protestdemonstrationen im Zuge ihrer Konzerte. Wer nicht ausdrücklich die Ziele der BDS-Bewegung teilt, wird automatisch als politischer Gegner betrachtet. Auch hier wird das Prinzip der Kollektivhaftung zur Anwendung gebracht, und bei Alice Walker tritt es besonders klar in Erscheinung: Schon wer Hebräisch spricht, ist schuld. (**Folie 14**)

All dies soll, wie es in den Verlautbarungen der BDS-Bewegung heißt, dazu führen, dass der jüdische Staat die, so wörtlich, »Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet« und »die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren«, »respektiert, schützt und fördert«. Was da vermeintlich unschuldig im Menschenrechtsjargon daherkommt, bezweckt jedoch nicht weniger als das

Ende des jüdischen Staates. Dass die Bewegung beispielsweise offenlässt, wie viel »arabisches Land« sie für besetzt und kolonisiert hält – nur die Westbank oder womöglich doch ganz Israel –, ist keineswegs ein Zufall, sondern eine bewusste Entscheidung. Denn theoretisch lässt das die Option einer Zweistaatlichkeit offen, während es aber vor allem diejenigen ansprechen soll, die »ganz Palästina befreien«, das heißt: eine Kein-Staat-Israel-Lösung wollen.

Und dass auf dem »Rückkehrrecht« der palästinensischen »Flüchtlinge« beharrt wird, hat außer ideologischen Gründen auch ganz konkrete strategische: Angesichts der Tatsache, dass sich der Flüchtlingsstatus bei den Palästinensern vererbt und die Zahl der »Flüchtlinge« dadurch von anfänglich etwa 700.000 auf mittlerweile über fünf Millionen Menschen angewachsen ist (von denen der weitaus größte Teil ja nie in Israel gelebt hat), würde eine »Rückkehr« dieser Menschen die Juden in Israel zu einer Minderheit machen, die dann wieder einmal der Mehrheit ausgeliefert wäre. Aus diesen Gründen ist sogar der amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein – sonst selbst ein glühender »Antizionist« – mit scharfen Worten auf Distanz zur BDS-Kampagne gegangen. Im Februar 2012 sagte er in einem Interview: »Die BDS-Aktivisten sprechen von einem dreistufigen Plan: Wir wollen ein Ende der Besatzung, das Recht auf Rückkehr und die gleichen Rechte für Araber in Israel. Sie glauben, besonders schlau zu sein. Aber Sie und ich wissen, was das Ergebnis davon sein wird: Es wird kein Israel mehr geben.«

Die BDS-Kampagnen sind letztlich ein fester Bestandteil des Kampfes gegen den jüdischen Staat, der an verschiedenen Fronten und mit verschiedenen Waffen geführt wird: mit Attentaten, Bomben und Raketen im Nahen Osten, mit Boykottaktivitäten und Kampagnen in Europa und Nordamerika. Die »Antizionisten« teilen sich gewissermaßen die Arbeit, um den militärisch bislang überlegenen Gegner zu Fall zu bringen: Während die einen Israel mit physischer Gewalt zuleibe rücken, treiben die anderen unter Berufung auf die Menschenrechte dessen internationale Dämonisierung und Delegitimierung voran. Als Verstoß gegen die Menschenrechte gilt ihnen dabei ausnahmslos alles, was Israel zu seiner Selbstverteidigung unternimmt, als Eintreten für die Menschenrechte dagegen alles, was gegen den jüdischen Staat unternommen wird. Entsprechend wird selbst der palästinensische Terror als »Widerstand« legitimiert, israelische Verteidigungsmaßnahmen dagegen werden zum »Völkermord« erklärt – ja, mehr noch: Sie werden zu singulären Menschheitsverbrechen gemacht.

Die Menschenrechte sind nicht nur der zentrale Referenzpunkt der BDS-Bewegung, sondern überhaupt der sogenannten *Israelkritiker*. Warum das so ist, hat Rabbi Lord Jonathan Sacks (**Folie 15**) Ende September 2016 in seiner bemerkenswerten Rede auf der »Konferenz zur Zukunft der jüdischen Gemeinden in Europa« im Europaparlament in Brüssel deutlich gemacht. Sacks sagte: »Wenn Menschen im Laufe der Geschichte ihren Antisemitismus rechtfertigen wollten, taten sie das, indem sie sich dabei auf den jeweils wichtigsten Wert ihrer Kultur bezogen. Im Mittelalter war das die Religion. Es gab also religiösen Antijudaismus. Im Zeitalter nach der Aufklärung war es in Europa die Wissenschaft. Die tragenden Säulen [für den Antisemitismus] waren die Naziideologie, Sozialdarwinismus und die wissenschaftliche Untersuchung von Rassen. Heute sind Menschenrechte der höchste autoritative Wert der Welt. Daher wird Israel [...] regelmäßig einer der fünf Todsünden des Menschenrechts bezichtigt: Rassismus, Apartheid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ethnische Säuberung und versuchter Völkermord.« Der Antisemit sieht im Juden – respektive in dessen Staat als Kollektivsubjekt – also den, der gegen den jeweils höchsten Wert seiner Epoche frevelt: Er bringt den Heiland um, er verschmutzt die reine Rasse, er schändet das Menschenrecht. Und immer sieht sich der Antisemit selbst auf der Seite der Edlen und Guten, auf der Seite derjenigen, die die Welt vor dem größten Übel retten – indem sie dieses Übel beseitigen, es vernichten. (**Folie 16**)

Deshalb geht es der BDS-Bewegung auch nicht um das Wohl der Palästinenser, sondern um den größtmöglichen Schaden für Israel. Dass es ihr nicht um die Palästinenser zu tun ist, zeigt sich zudem bereits daran, dass keiner der BDS-Aktivisten je gegen deren nahezu völlige Entrechtung im Libanon oder gegen die regelmäßigen Gemetzel zwischen der Hamas und der Fatah seine Stimme erhoben hat. Gewalt gegen Palästinenser, die nicht von Israel ausgeübt wird, ist schlicht und ergreifend kein Thema für sie. Noch weniger Empathie bringen sie nur dem jüdischen Staat und seinen Bürgern entgegen: Niemals gab es von ihnen Protest gegen die Raketenangriffe der Hamas und der Hisbollah auf Israel. Niemals haben sie sich gegen die antisemitischen Hasstiraden iranischer Präsidenten gewandt oder vor den Atomplänen Teherans gewarnt. Niemals hat es den Aufruf von ihnen gegeben, auf den Kauf iranischer Produkte zu verzichten, oder die Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht für iranische Erzeugnisse. Schon deshalb liegt es auf der Hand, dass sich die BDS-Bewegung mitnichten »nur« gegen die israelische »Besatzung« richtet. Es geht ihr um weit mehr.

There's no Business like NGO Business

Genau das macht auch die Entstehungsgeschichte der Boykottkampagnen gegen Israel deutlich, die älter ist als die BDS-Bewegung. Dazu muss man wissen, dass diese Kampagnen wesentlich von Nichtregierungsorganisationen, also von NGOs, getragen werden. Als diesbezügliche Geburtsstunde kann dabei die berühmte »Weltkonferenz gegen Rassismus« angesehen werden, die von den Vereinten Nationen im August und September 2001 im südafrikanischen Durban veranstaltet wurde (**Folie 17**). Warum berüchtigt? Nun, eine große Mehrheit der Teilnehmerstaaten verwandelte diese Konferenz in ein regelrechtes Tribunal gegen Israel, das als Inbegriff und Ausgeburt des Rassismus und des Kolonialismus an den Pranger gestellt wurde. Genau das hatte sich nach den Vorbereitungskonferenzen – eine davon fand in Teheran statt – bereits abgezeichnet. Noch ärger ging es im vorher und parallel tagenden NGO-Forum zu, an dem rund 8.000 Aktivisten aus mehr als 3.000 Nichtregierungsorganisationen teilnahmen, darunter auch große und prominente wie *Amnesty International* und *Human Rights Watch*. In der Schlusserklärung dieses Forums wurde Israel bezichtigt, ein »rassistischer Apartheidstaat« zu sein und »ethnische Säuberungen« zum Nachteil der Palästinenser zu verüben. Als Konsequenz daraus forderte man Boykotte, Sanktionen und eine diplomatische Isolierung des jüdischen Staates. Und das war nicht alles: Auf dem Konferenzgelände verteilten palästinensische NGOs Kopien der »Protokolle der Weisen von Zion« und andere antisemitische Pamphlete, beispielsweise jenes (**Folie 18**), auf dem das Konterfei Adolf Hitlers abgebildet war und gefragt wurde: »Was wäre, wenn ich gewonnen hätte? Es gäbe kein Israel und kein palästinensisches Blutvergießen.« Mehrfach wurden jüdische Teilnehmer des NGO-Forums verbal und körperlich angegriffen. All dies geschah zu einer Zeit, in der palästinensische Terroristen praktisch täglich blutige Selbstmordattentate in Israel verübten – und nur wenige Tage vor den Anschlägen vom 11. September.

Das Abschlussdokument des Forums wurde in den folgenden Jahren mehr und mehr zu einem Aktionsplan für NGOs, die sich als pro-palästinensisch verstehen. Es war die Grundlage für künftige NGO-Kampagnen, in denen Israel als Wiedergänger von Apartheid-Südafrika dargestellt wurde; vieles davon findet sich auch in den Stellungnahmen der BDS-Bewegung wieder. Die »Durban-Strategie« war geboren: Mithilfe einer menschenrechtlich verbrämten Rhetorik, unter Berufung auf fragwürdige »Zeugenaussagen« angeblicher Opfer und unter Ausblendung des palästinensischen Terrors sollte der jüdische Staat künftig dämonisiert und

delegitimiert werden. Frühe Beispiele für solche Kampagnen sind der Versuch, den Antiterrorereinsatz der israelischen Armee in Jenin im Jahr 2002 als »Massaker an der Zivilbevölkerung« darzustellen, der konzertierte Aufruf zu einem akademischen Boykott Israels an britischen Universitäten im Jahr 2005 und die Vielzahl an Erklärungen, in denen während des Libanonkrieges im Sommer 2006 der israelischen Armee Kriegsverbrechen sowie Verstöße gegen das Völkerrecht vorgeworfen wurden, bei gleichzeitiger Verharmlosung der Terrorangriffe der Hisbollah.

Auch die enge Zusammenarbeit von NGOs mit der Goldstone-Kommission des notorischen UN-Menschenrechtsrats wäre hier zu nennen (**Folie 19**). Warum notorisch? Nun, dazu sei der Einfachheit halber auf eine statistische Auswertung vom Sommer 2015 verwiesen, die sehr gut deutlich macht, wie dieser Menschenrechtsrat tickt und warum er seinem edlen Namen Hohn spricht. Diese Auswertung zeigt, welche Länder der Rat seit seiner Gründung im Jahr 2006 bis zum August des vorvergangenen Jahres wie oft wegen Menschenrechtsverstößen verurteilt hat. Das Ergebnis: 62 Verurteilungen richteten sich gegen Israel, auf 55 kommen alle anderen Länder dieser Welt zusammen. Noch einmal: zweiundsechzig zu fünfundfünfzig. Im Einzelranking liegt Syrien mit 15 Verurteilungen weit abgeschlagen hinter dem jüdischen Staat, gefolgt von Myanmar (zwölf), Nordkorea (acht) und dem Iran (fünf).

Menschenrechtsparadiese wie Afghanistan, der Libanon oder Pakistan sind bis jetzt gänzlich ungeschoren davongekommen. Dagegen beschäftigt sich der Menschenrechtsrat auf ausnahmslos jeder seiner Sitzungen mit Israel – das wurde bei seiner Gründung so festgelegt. Es gibt einen festen Tagesordnungspunkt, den »Item 7«, der dafür vorgesehen ist. Überflüssig zu erwähnen, dass Israel das einzige Land auf dieser Welt ist, dem der Rat einen solchen festen Tagesordnungspunkt widmet.

Im Jahr 2009 hat der Menschenrechtsrat die besagte Goldstone-Kommission eingesetzt, die den Gaza-Krieg Ende 2008, Anfang 2009 untersuchen sollte. Heraus kam schließlich ein Abschlussbericht, in dem Israel schwerster Menschenrechtsverletzungen bezichtigt wurde, während die Hamas nahezu ungeschoren davonkam. Der Bericht stützte sich dabei in wesentlichen Teilen auf zweifelhafte, nicht überprüfte »Expertisen« und »Zeugenbefragungen« antiisraelischer NGOs; über 500 solcher Bezüge sind in dem Dokument zu finden. Etliche der betreffenden palästinensischen Nichtregierungsorganisationen, deren Stellungnahmen und Einschätzungen in den Goldstone-Bericht eingeflossen sind, unterstützen ausdrücklich die BDS-Bewegung.

(Hier kurz etwas zur Praxis und zur Grundlage dieser Befragungen und Expertisen sagen: Definition Kombattanten/Zivilisten, Einfluss auf Opferstatistik der Uno, »Krieg gegen Zivilisten«.)

Es gibt also eine enge Verquickung von Vereinten Nationen und NGOs, übrigens auch personell: Die führenden Mitglieder der Goldstone-Kommission waren selbst jahrelang in NGOs oder deren Umfeld aktiv, die Israel wenig wohlgesinnt sind. Richard Goldstone beispielsweise, also der Kommissionsvorsitzende, gehörte *Human Rights Watch* in führender Position an – einer Organisation, die unter anderem deshalb in die Kritik geriet, weil sie in Saudi-Arabien Spenden für ihren »Kampf« gegen »pro-israelische Interessengruppen« akquiriert hatte. Erst nach seiner Ernennung zum Vorsitzenden der Untersuchungskommission verließ Goldstone die Organisation. Gemeinsam mit den späteren Kommissionsmitgliedern Hina Jilani und Desmond Travers hatte er zuvor einen von *Amnesty International* initiierten offenen Brief an den seinerzeitigen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon unterzeichnet, in dem das israelische Vorgehen als »Angriff auf die Zivilbevölkerung in Gaza« verurteilt wurde. Der Goldstone-Kommission gehörte auch Christine Chinkin an, eine frühere Beraterin von *Amnesty International*. Chinkin war zudem Unterzeichnerin eines Protestschreibens vom Januar 2009 mit dem Titel »Israels Bombardierung von Gaza ist keine Selbstverteidigung, sondern ein Kriegsverbrechen«. Diese Damen und Herren hatten ihr Urteil also bereits gefällt, *bevor* sie im Auftrag der Uno das Kriegsgeschehen untersuchten.

Um es also deutlich zu sagen: Die Boykottkampagnen, die Apartheidvergleiche, die drastischen Verurteilungen, die völlig einseitigen Berichte – all das geschieht mit dem Ziel, Israel zu verteufeln und als Unrechtsstaat darzustellen, der keine Existenzberechtigung hat, sondern verschwinden muss. Der russische Historiker Léon Poliakov hat einmal geschrieben, Israel sei gewissermaßen »der Jude unter den Staaten«. In diesem Diktum wird zweierlei deutlich: zum einen die Aussonderung, durch die Israel zum Pariastaat gemacht wird, zum anderen die Transformation des Antisemitismus vom individuellen Juden auf den jüdischen Staat als Kollektivsubjekt. Entsprechend stark ähneln die Ideologeme des modernen denen des klassischen Antisemitismus. Ich möchte das auch an einem jüngeren Beispiel verdeutlichen, in dem BDS-Aktivisten und die etablierte Politik zusammenwirken. **(Folie 20)**

Kauft nicht beim Judenstaat!

Im November 2015 fällte die EU-Kommission den Beschluss, dass Obst, Gemüse und Kosmetika von israelischen Firmen, die ihren Standort im Westjordanland, in Ostjerusalem oder auf den Golanhöhen haben, künftig bei der Einfuhr in Mitgliedsländer der Europäischen Union gesondert gekennzeichnet werden müssen und nicht mehr die Herkunftsangabe »Israel« tragen dürfen. Diese Verordnung wird als »Schritt zu mehr Transparenz« verkauft, denn die Konsumenten hätten das Recht zu erfahren, ob ein Produkt aus den »besetzten Gebieten« oder aus dem israelischen Kernland stammt. Erzeugnisse aus dem türkisch besetzten Teil Zyperns oder aus der von Marokko okkupierten Westsahara unterliegen dagegen nicht dieser Kennzeichnungspflicht. Sie betrifft einzig und alleine den jüdischen Staat.

Die Verordnung hat also originär politische Gründe, und EU-Diplomaten haben auch nie einen Hehl daraus gemacht, Israel mit der Etikettierungsrichtlinie unter Druck setzen zu wollen. Für die Europäische Union scheint ausschließlich der jüdische Staat mit seiner Siedlungspolitik am Scheitern des Friedensprozesses schuld zu sein. Dass nicht wenige Palästinenser ganz Israel als illegales Siedlungsprojekt betrachten und ihrem Ansinnen mit Raketen, Bomben und Attentaten nachhelfen, ist wie gehabt kein Thema. Bezeichnend ist zudem, dass selbst Erzeugnisse aus Siedlungen, die nach jedem bisher veröffentlichten Friedensplan israelisch bleiben würden, unter die Richtlinie fallen. Denjenigen, die sich nach einem Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer sehnen, spielt das voll in die Karten. Und dass sogar Produkte vom Golan gekennzeichnet werden sollen – was ja in der Konsequenz bedeutet, dass die EU dieses Gebiet offenbar am liebsten an Syrien zurückgegeben sähe –, wird insbesondere dem syrischen Diktator Bashar al-Assad sehr zupass kommen.

Den Palästinensern wird der Beschluss dabei nicht einmal helfen, im Gegenteil: Dem palästinensischen Menschenrechtler Bassam Eid zufolge könnten rund 30.000 von ihnen, die derzeit in Siedlungen beschäftigt sind, arbeitslos werden. Sie wären damit, wie er sagte, »die Ersten, die den Preis für die Etikettierung zahlen müssen«. Bereits bei der von antiisraelischen Boykotteuren vehement geforderten Schließung des Werkes der Firma *SodaStream* in Ma'ale Adumin vor zwei Jahren verloren 500 palästinensische Angestellte ihren Arbeitsplatz.

Die EU-Verordnung ist ein indirekter Boykottaufruf, denn natürlich soll mit ihr erreicht werden, dass die betreffenden Produkte nicht mehr gekauft werden und möglichst gar nicht

mehr in die Regale kommen. Durch die Kennzeichnungspflicht wird die Dämonisierung, Delegitimierung und Isolierung Israels ein weiteres Stück vorangetrieben. Konsequenterweise zogen dann auch in Bremen, Berlin, Bonn und Hamburg einige besonders Ungeduldige los, die nicht mehr abwarten wollten, bis die EU ihren Beschluss endlich in die Tat umsetzt. **(Folie 21)** Sie spielten sich schon einmal als Kontrolleure auf und zogen sich, wie hier in Bremen, weiße Schutzmäntel über, wie um eine gefährliche Kontamination abzuwehren. Auf diesen Uniformen hatten sie selbstgebastelte Schilder befestigt, die sie als »Inspekteure« ausweisen sollten. »Kennzeichnungspflicht von Waren aus den illegalen israelischen Siedlungen« stand darunter geschrieben. **(Folie 22)** Zielsicher suchten die Aktivisten Orte auf, an denen sie derartige Erzeugnisse vermuteten: ein großes Kaufhaus, den Markt, eine Drogerie.

»Wir gehen nach Verdacht vor«, sagte ihr Bremer Sprecher Claus Walischewski, und der Verdacht, Juden könnten Unrecht tun, hat in Deutschland bekanntlich auch schon zu anderen Zeiten genügt, um sich im Recht zu fühlen, sie Mores zu lehren. Also markierten Walischewski und seine Kameraden gleich *alle* israelischen Produkte, derer sie habhaft werden konnten. Nicht mit einem gelben Stern natürlich, das tun nur Nazis, sondern mit Papierfähnchen. »Vorsicht«, hieß es darauf, »das Produkt könnte aus einer illegalen israelischen Siedlung stammen«. Fürwahr ein uneigennütziger Dienst an den Menschenrechten also. Claus Walischewski ist ja auch Bezirkssprecher bei Amnesty International in Bremen und deshalb, wie man weiß, schon qua Amt über jeden Verdacht erhaben, etwas Verwerfliches, gar Antisemitisches zu tun.

In Bonn liefen die selbsternannten »Inspekteure« ebenfalls in weißen Schutzmänteln auf und hatten sogar eigens erstellte Formulare mitgebracht **(Folie 23)**, auf denen sie unter der Überschrift »Deutsche Zivilgesellschaft – Inspektion der Produkte israelischer Unternehmen« mit deutscher Gründlichkeit die Ergebnisse ihrer gestrengen Prüfungen festhielten. Die Rubriken hießen »Artikel«, »Herkunftsangabe«, »tatsächliche Herkunft«, »angegebene israelische Firma«, »angegebene deutsche Firma«, »Barcode« sowie »Verdacht«. Soll niemand behaupten, bei der Verfolgung jüdischer Verbrechen gehe es in Deutschland nicht bürokratisch korrekt zu.

Einen Sinn für Symbolik haben die Damen und Herren von der BDS-Bewegung also. Und schon diese Symbolik verdeutlicht ihre ideologische Grundlage und Motivation, den Antisemitismus nämlich, auch wenn sie das vehement bestreiten. **(Folie 24)** Die uniformartige

weiße Schutzkleidung, mit der eine Seuchengefahr suggeriert wird; die bandenförmige Organisierung als selbst ermächtigte Vollstrecker des Volkswillens unter dem wohlklingenden Label »Zivilgesellschaft«; die gründliche Inspektion und detaillierte Erfassung in Listen als Vorstufe zur Säuberung; der Verdacht, also das Gerücht über die Juden, wie Adorno den Antisemitismus definierte; schließlich die Kennzeichnung, also Stigmatisierung von allem, was für jüdisch gehalten wird, und der Aufruf zum Boykott – es bedarf keiner großen assoziativen Fertigkeiten, um zu erkennen, wonach die »Inspekture« trachten. Aus der alten NS-Parole »Kauft nicht beim Juden« haben sie ein »Kauft nicht beim Juden unter den Staaten« gemacht. Genau das ist, auf den Punkt gebracht, überhaupt die Parole der BDS-Bewegung.

Und doch sind die BDS-Aktivisten nur die Vorhut, die Avantgarde gewissermaßen, aber nicht das eigentliche Problem. Denn sie fühlen sich zwar ermächtigt, haben aber keine unmittelbare Macht – wovon schon das Hausverbot zeugt, das gegen ihre Bremer Abordnung für sämtliche Filialen einer großen Drogerie verhängt wurde. Viel schwerer wiegt der Kennzeichnungsbeschluss der EU-Kommission, denn dieser ordnet europaweit verbindlich an, was deutsche BDS-Aktivisten nur in einigen Läden vorwegzunehmen versucht haben. Er gießt ihr Ressentiment also in Gesetzesform, was für einen Schaden ungleich größeren Ausmaßes sorgt – nicht unbedingt wirtschaftlich, sondern in erster Linie politisch. Und der EU-Beschluss zeigt, dass Teile der Forderungen der BDS-Bewegung inzwischen zur europäischen Politik geworden sind. **(Folie 25 – Titel)**

Statt eines Fazits

Ich hoffe, ich habe ein bisschen deutlich machen können, auf welchen Ebenen sich die Boykott- und Delegitimierungskampagnen gegen Israel abspielen, welche Auswirkungen sie haben und welche Bündnisse sie hervorbringen. Die BDS-Bewegung ist dabei ein wesentlicher Bestandteil, und besonders problematisch wird es dort, wo sie »Erfolg« mit ihrer Ideologie und ihren Aktivitäten hat. Das ist beispielsweise der Fall, wenn Künstler ihre Auftritte in Israel absagen, wenn israelische Wissenschaftler nicht mehr an Universitäten sprechen können, wenn Gewerkschaften die Verbindungen zur Histadrut kappen, wenn antiisraelische NGOs maßgeblichen Einfluss in Einrichtungen der Uno erlangen und dort die

Dämonisierung des jüdischen Staates vorantreiben oder wenn die Europäische Union israelische Produkte kennzeichnet und damit indirekt zu einem Boykott aufruft.

In seinem Buch »Allein unter Juden« kritisiert der amerikanisch-israelische Publizist Tuvia Tenenbom die Arbeit der Nahost-NGOs und ihre Unterstützung aus Europa scharf. Er sei bei seinen Recherchen auf viele Vereinigungen gestoßen, die angeblich die Durchsetzung der Menschenrechte und den Frieden zum Ziel haben. Sie widmeten sich, so Tenenbom, »in Wahrheit aber der Zerstörung des Staates Israel und der Delegitimierung seiner jüdischen Bürger«. Die europäischen Aktivist:innen, so Tenenbom, reisten dabei »Tausende von Kilometern, um den Juden zu erwischen – wo immer sie ihn finden«. Sie verstünden sich »als rechtschaffene Leute«, seien aber »in Wirklichkeit Menschen, die an einem Überlegenheitsgefühl kranken, und ihr Judenhass ist unerträglich«. Damit hat Tenenbom auf den Punkt gebracht, was die antiisraelischen Kampagnen wie die der BDS-Bewegung kennzeichnet: Der vermeintliche Einsatz der Aktivist:innen für Frieden, Freiheit und Humanität ist nichts als ein rhetorischer Kniff, um den Hass auf Juden im Allgemeinen und den jüdischen Staat im Besonderen zu bemänteln. Um die Palästinenser geht es dabei nicht, sie sind nur ein Mittel zum Zweck.

Finanzielle Unterstützung erhalten etliche antiisraelische Nichtregierungsorganisationen – von denen viele der BDS-Bewegung angehören oder sie zumindest unterstützen – übrigens nicht zuletzt von europäischen Regierungen oder staatlichen Einrichtungen. Auch aus Deutschland fließen die Gelder, nicht zuletzt aus den Budgets der Parteistiftungen. So kooperiert etwa die Rosa-Luxemburg-Stiftung eng mit der fundamentaloppositionellen israelischen NGO *Zochrot*, der es ein Anliegen ist, den palästinensischen Mythos von der sogenannten »Nakba« zu pflegen. Mit diesem Begriff, der übersetzt »Katastrophe« bedeutet, wird im arabischen Raum die israelische Staatsgründung bezeichnet, die man dort bekanntlich für illegitim hält. Außerdem schließt sich *Zochrot* der Forderung nach einem »Rückkehrrecht« für alle palästinensischen »Flüchtlinge« an – was das Ende Israels als jüdischer Staat bedeuten würde – und bezichtigt die israelische Armee »ethnischer Säuberungen«. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt unter anderem die palästinensische NGO *Miftah*, die Israel »Massaker«, einen »kulturellen Genozid«, »Kriegsverbrechen« und »Apartheid« vorwirft und auf ihrer Website auch schon mal antisemitische Verschwörungstheorien verbreitet. Die Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet mit der *Palestinian*

Academic Society for the Study of International Affairs zusammen, die sich an antiisraelischen Boykottaktivitäten beteiligt und Israel vorwirft, ein Apartheidstaat zu sein.

Auch die kirchlichen Einrichtungen mischen kräftig mit: *Brot für die Welt* etwa fordert eine Kennzeichnung von israelischen Waren, die in Siedlungsgebieten produziert werden, und arbeitet mit NGOs wie der *Coalition of Women for Peace* zusammen, einer der führenden Organisationen in der BDS-Bewegung. Die katholische Organisation *Misereor* unterstützt unter anderem die palästinensische NGO *Society of St. Yves*, die an »Nakba«-Kampagnen sowie an Kampagnen für das »Rückkehrrecht« der palästinensischen »Flüchtlinge« beteiligt ist. Längst hat sich ein regelrechtes Hilfsbusiness entwickelt, das sich vom sogenannten Nahostkonflikt buchstäblich nährt. Viele Mitarbeiter von NGOs wären arbeitslos, wenn es ihn nicht mehr gäbe, denn ein Ende von Krieg und Krise im Nahen Osten würde ihre Tätigkeit schlichtweg überflüssig machen. Insofern liegt es nicht fern, dass sie neben dem ideologischen auch ein handfestes materielles Interesse daran haben, die Zustände, die sie vordergründig kritisieren, zu perpetuieren.

Man muss festhalten, dass die antiisraelischen Kampagnen von NGOs alles andere als eine randständige Angelegenheit sind. Solche Kampagnen finden sehr häufig Eingang in die Politik der Vereinten Nationen und der Europäischen Union, sie haben massive Auswirkungen auf den universitären, kulturellen, wirtschaftlichen und sportlichen Betrieb. Darin zeigt sich ihre Gefährlichkeit. Denn Israel wird damit zunehmend delegitimiert, während es sich gleichzeitig der Angriffe seiner bewaffneten Feinde ausgesetzt sieht. Und diese Mischung zielt auf die Existenz des jüdischen Staates. Vordergründig wird Israel dafür angeprangert, was es tut. Vordergründig geht es um Besatzung, Flüchtlinge, Krieg. Doch bei näherem Hinsehen bleibt es nicht dabei, sondern es wird deutlich, dass es nicht darum geht, was Israel tut oder lässt, sondern darum, dass es überhaupt existiert. Die radikalen Kräfte der Boykottbewegung sehen ganz Israel als besetztes arabisch-palästinensisches Land an, und die vermeintlich weniger radikalen Kräfte widersprechen nicht. Die Flüchtlinge sind nur ein Faustpfand, und was das Thema Krieg betrifft, läuft alles stets darauf hinaus, dass Israel sich *immer* unverhältnismäßig verhält, sich also am liebsten gar nicht verteidigen soll. Die Boykotte dienen insoweit auch keinem wie auch immer gearteten menschenrechtlichen, zivilgesellschaftlichen oder humanitären Anliegen, sondern sie richten sich per Selbstzweck gegen Israel. Sie sind also kein Mittel, sondern bereits ein Teil des antisemitischen Ziels. Und deshalb ist es so wichtig, der BDS-Bewegung den öffentlichen Raum zu nehmen.